

Klimaschutz: Gericht verbietet Flughafenausbau

Der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung ist wichtiger als der Wirtschaftsstandort. Das sagt nun erstmals ein Gericht über ein Großprojekt.

GERALD STOIBER

WIEN, SCHWECHAT. Die Pläne für eine dritte Start- und Landebahn beim Flughafen Wien-Schwechat reichen mehr als 15 Jahre zurück. Konkret eingeleitet wurde das Großprojekt nach vier Jahren Mediation vor zehn Jahren – mit einem gemeinsamen Antrag des Landes Niederösterreich und der börsennotierten Flughafen Wien AG für eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Diese endete Mitte 2012 positiv und der Weg für den Airport schien frei, bis 2024 eine dritte Piste zu bauen.

Es gab zwar 28 unterschiedliche Beschwerden von Bürgerinitiativen, Privatpersonen, aber auch der Stadt Wien dagegen, so richtig an einem Erfolg geglaubt haben aber wohl die wenigsten. So schwankten die Reaktionen auf das Urteil zwischen ungläubiger Freude und Schockstarre (siehe Zusatzbericht).

Seit Donnerstag ist die Flughafenexpansion erheblich schwieriger geworden. Denn das Bundesverwaltungsgericht (BVwG, seit der Reform 2013 als zweite Instanz zuständig für Verfahren beim früheren Umweltsenat) untersagte den Bau der dritten Piste.

Bemerkenswert ist die Begründung: Sie lautet im Wesentlichen, dass das Projekt den Treibhausgasausstoß in Österreich massiv steigern würde und daher den internationalen Verpflichtungen widerspreche, die Österreich im Kampf

gegen den Klimawandel eingegangen sei – vor allem seit der Klimaschutzkonferenz in Paris Ende 2015. Das bisherige Ziel dazu nämlich „hat Österreich weit verfehlt und wird es auch 2025 nicht erreichen“, schreibt der Drei-Richter Senat. Zudem sei der Verkehrssektor jener mit dem größten Nachholbedarf. Konkret stellt das Gericht fest, dass laut Klimaschutzgesetz der Treibhausgasausstoß des Verkehrssektors in Österreich bis 2020 um 2,25 Prozent sinken sollte. Mit dem Bau und Betrieb der dritten Piste würde aber der Ausstoß Österreichs um 1,79 Prozent bis 2,02 Prozent steigen.



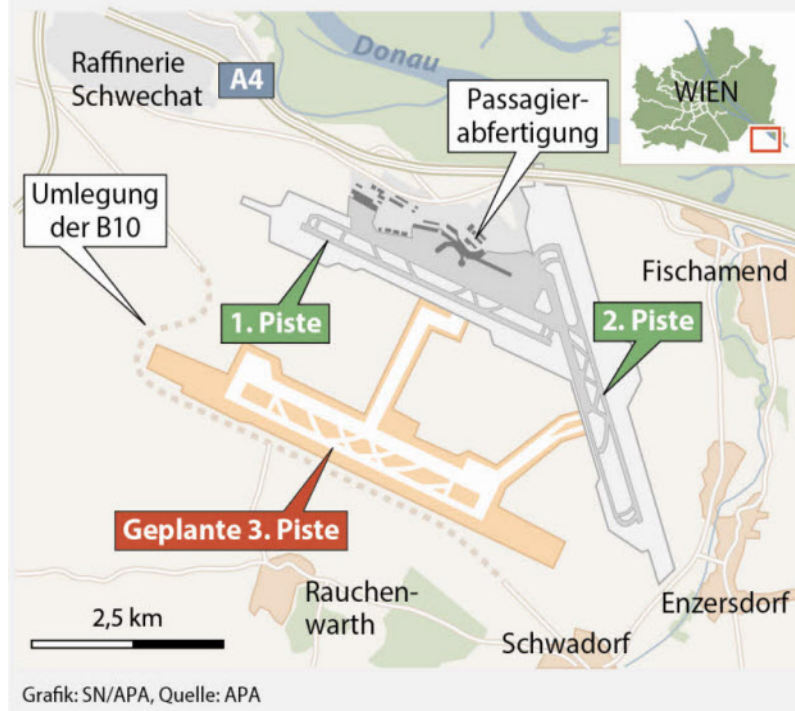
„Wir werden das Urteil bekämpfen.“

Günther Ofner,
Flughafen-Vorstand

gen. Fazit: „Den Interessen am Bau und Betrieb der dritten Piste steht das öffentliche Interesse, den Klimawandel und seine Folgen zu vermeiden bzw. zu verringern, entschieden entgegen.“

Da im Luftfahrtgesetz aus 1957 der Klimawandel noch nicht bedacht wurde, seien bei der Abwägung der öffentlichen Interessen andere Rechtsvorschriften von der Verfassung und dem EU-Recht abwärts bis zu Entschlüssen des Nationalrats heranzuziehen. In der

Flughafen Wien – Geplante dritte Piste



Grafik: SN/APA, Quelle: APA

„Road Map Luftfahrt 2020“ der Bundesregierung aus 2011 habe der Bau der dritten Piste auch nicht die höchste Priorität (Stufe vier von fünf), betont das Gericht.

Juristisch ist an dem Urteil auch interessant, dass eine ordentliche Revision nicht zugelassen wurde. Es seien hier nämlich keine grundsätzlichen Rechtsfragen zu beurteilen.

Das bedeutet, dass der Flughafen Wien eine zusätzliche Hürde überwinden muss, um mit einer außerordentlichen Revision beim Verwaltungsgerichtshof oder einer Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof durchzukommen.

Der Flughafen Wien bedauerte das Urteil, hält aber an seinen Plänen fest. Das Gericht habe den Verlust von Ackerland und die Sorge vor steigendem CO₂-Ausstoß über alle anderen Erwägungen gestellt und sich damit zu einem „Über-Gesetzgeber“ gemacht, kritisiert Flughafen-Vorstand Günther Ofner. Das käme einem Investitionsstopp gleich, daher müsse der Bundesgesetzgeber entscheiden. Sollte speziell nur die dritte Piste verboten werden, dann wäre das „schwerwiegend diskriminierend“, sagte er.

Der Flughafen investiere derzeit Millionen in die Senkung der Emissionen und habe in den vergangenen drei Jahren den CO₂-Ausstoß im

Flughafenbetrieb (ohne Flugbewegungen) um über 20 Prozent gesenkt.

Natürlich sehen sich die Gegner bestätigt, die vor allem auf die geänderten Verhältnisse verweisen. Die Passagierzahl steigt (2015 um 1,3 Prozent auf 22,8 Millionen), aber nicht jene der Starts und Landungen. Die Zahl der Flugbewegungen sei auf dem Niveau von 2004, sagte die Anwältin Susanne Heger, die die Bürgerinitiative gegen Fluglärm in Wien-West vertritt. Sie sprach von einem „sehr verantwortungsbewussten Urteil, wahrscheinlich auch mutig“. 2015 gab es in Wien 226.000 Flüge, um 1,7 Prozent weniger als 2014. „Gestern Abend war es schon sehr aufregend“, sagte die grüne Vizebürgermeisterin Brigitte Krenn aus Schwechat. Sie sieht einerseits bei den Flugplänen Spielraum, andererseits verfolge der Flughafen bereits Alternativen, etwa mit Betriebsansiedlungen bei der Airport-City und der besseren Einbindung des Umlandes.

Beim Flughafen München, mit 41 Mill. Passagieren (2015) fast doppelt so groß wie Wien, stimmten im Juni 2012 fast 55 Prozent der Münchner gegen eine dritte Landebahn, doch Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer und der Flughafen haben das Projekt nicht aufgegeben.

Reaktionen auf das Flughafen-Urteil

Politik

Verkehrsminister Jörg Leichtfried: „Das heißt schon, dass es für den Wirtschaftsstandort Einschränkungen gibt.“ Das Verkehrsministerium habe sich immer für den Bau der zusätzlichen Start- und Landebahn ausgesprochen, weil es verkehrspolitisch wichtig sei. Während sich die Grünen und die Freiheitlichen erleichtert zeigten, sprach die SPÖ Wien von einem „gefährlichen Urteil“. Bedauern äußerte auch die ÖVP Wien.

Wirtschaft

Walter Ruck, Präsident der Wirtschaftskammer Wien: „Die Entscheidung des BVwG ist bedauerlich und aus standortpolitischer Sicht unverständlich. Eine dritte Piste in Schwechat ist für Wien entscheidend.“

Sonja Zwanzl, WK-Präsidentin Niederösterreich: „Das ist ein bedauerlicher Rückschlag für den Wirtschaftsstandort. Die dritte Piste ist als Drehscheibe im Export und im heimischen Tourismus ein absolutes Muss.“

Umwelt

Erika Wagner, Vorständin des Instituts für Umweltrecht der Universität Linz: „Das Urteil ist wegweisend und sehr gut begründet. Noch nie wurde ein Projekt mit Hinweis auf den Klimaschutz untersagt. In der Umweltwissenschaft hat man schon lang darauf gewartet.“ Hier gehe es um das Luftfahrtgesetz, daher könne man das Urteil nicht eins zu eins auf große Industrieprojekte umlegen, bei denen es um Umweltschutz gehe. „Es wäre völlig falsch, das zu dramatisieren“ und von einem „Investitionsstopp“ zu sprechen: „Das gibt das Urteil nicht her.“ SN, APA

Sonntags bleiben die Geschäfte zu

In Wien haben die Sozialpartner ihre Verhandlungen wieder ausgesetzt.

WIEN. Wiener Geschäftsbetreiber und Shopinhaber werden wohl noch eine Weile warten müssen, bis sie in Wien auch am Sonntag aufsperrn können – falls sie es überhaupt je dürfen. Denn die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und Wirtschaftskammer sind derzeit ausgesetzt. Man wolle zuerst das Ergebnis der angestrebten Reform des heimischen Handels-KV abwarten.

„Wir haben vereinbart, dass wir die Entgeltreform bzw. den Kollektivvertrag Handel neu abwarten“, sagte Barbara Teiber, Wiener Regionalgeschäftsführerin der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA-djp). Bekanntlich wollen die Sozialpartner – nach zwischenzeitlichem Abbruch der Gespräche im vergangenen Sommer – heuer ein neues Gehaltsschema paktieren. „Bevor wir das nicht über die Bühne haben, gibt es zur Sonntagsöffnung in Wien vorweg keine weiteren Gespräche“, so Teiber. Bei der KV-Reform spielten Sonntagsöffnung



In Wien werden Touristen sonntags vorerst weiter vor geschlossenen Geschäften stehen.

BILD: SN/ANDREAS KOLARIK

bzw. Tourismuszonen zwar keine große Rolle, „aber wir wollen schon auch ein Stück weit festhalten, wie wir künftig damit umgehen“, sagte die Wiener GPA-Geschäftsführerin. Sie versicherte zusätzlich, dass die Verhandlungspause keinerlei Konflikt geschuldet sei. Sobald die KV-Reform stehe, werde man sich mit

der Wiener Kammer wieder zusammensetzen. Wobei Teiber nicht vergaß zu betonen, dass es die Gewerkschaft mit einer Liberalisierung der Wiener Regelung nicht eilig hat: „Wir sehen hier ja nicht unbedingt eine Handlungsnotwendigkeit.“ Auch die Wirtschaftskammer bestätigt, vorerst abzuwarten. SN, APA

KURZ GEMELDET

McDonald's will auch nach Hause liefern

WIEN. McDonald's will in Österreich den Hauszustellservice, der vor zwei Jahren in Wien gestartet wurde, auch auf die Bundesländer ausweiten. Das kündigte der Österreich-Chef Andreas Schmidlechner im „Kurier“ an. Verdienen würde McDonald's auch an den 1-Euro-Burgern, sie seien „scharf kalkuliert“. SN, APA

Österreicher wollen heuer mehr sparen

WIEN. Die Österreicher wollen heuer mehr sparen als im Vorjahr, beliebteste Veranlagungsprodukte bleiben Sparbuch und Bausparer, geht aus einer Integral-Umfrage im Auftrag der Erste Bank hervor. Auf mehr Interesse stoßen Lebensversicherungen, Pensionsvorsorge und Gold. Bei Krediten sind laut Erste Bank Fixzinsen sehr beliebt. In den kommenden zwölf Monaten werde durchschnittlich an Veranlagungen von 5700 Euro gedacht, um 1000 Euro mehr als 2015. SN, APA

Wohnbaupreise stiegen 2016 um 1,8 Prozent

WIEN. Bauen wurde im Vorjahr um 1,3 Prozent teurer, geht aus dem am Freitag von der Statistik Austria veröffentlichten Baupreisindex hervor. Dabei stiegen die Preise im Wohn- und Siedlungsbau um 1,8 Prozent. Insgesamt verteuerte sich der Hochbau um 1,9 Prozent. Zu den Verteuerungen beigetragen hätten vor allem die Bauleistungen der Profissionisten wie Gas- und Wasserinstallationen, Heizungsanlagen, Wärmetauscher, Lüftungszentralgeräte sowie Fenster und Türen aus Aluminium. Im Tiefbau legte der Baupreisindex um 0,6 Prozent zu. SN, APA

Palfinger verkauft US-Pick-up-Geschäft

SALZBURG. Der Salzburger Krankhersteller Palfinger setzt die Restrukturierung seines Nordamerika-Geschäfts fort. Vier Standorte für die Produktion von Aufbauten für Pick-ups werden an die Reading Truck Group verkauft. Der Deal soll im März abgeschlossen sein. Kaufpreis wurde keiner genannt. SN, APA